

# Dresdner Volkszeitung

Verlagskontor: Dresden,  
Kuben & Comp., Nr. 1248.

## Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto:  
Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Knechtsteden und Dresden-Altkath.

Belegpreis einschließlich Frachtkosten monatlich 6500.— M., durch die Post bezogen monatlich 6600.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 2500.— M., Einzelnummer 300.— M., Sonnabendnummer 400.— M.  
Telegraphische Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Erscheinungszeit: nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Geschäftszeit: von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6spaltige Nonpareilzeile 100.— M., auswärts 600.— M., die 4spaltige Nonpareilzeile 200.— M., auswärts 2500.— M., Russland 3000 u. 3000 M. Bei mehrmaliger Aufgabenermäßigung, Familienanzeigen, Stellen- u. Mietangebote 40 Proz. Rabatt. Für Dreimonatsbeleg, 200 M.

Nr. 136

Dresden, Donnerstag den 14. Juni 1923

34. Jahrg.

## Dollar 100 000!

Die amtliche Notierung des Dollars erreichte am Mittwoch im Mittel einen neuen Rekord. Im freien Verkehr gab es Momente, wo der Kurs wesentlich über 100 000 hinaus schnellte. Diese katastrophale Steigerung des Dollarkurses von einem Tage zum andern um rund 17 Prozent vollzog sich wie die Beobachtungen sämtlicher Kundigen ergaben, bei verhältnismäßig geringen Umläufen, also ohne den sonstigen Sturm, der frühere Perioden der Marktenwertuna kennzeichnete. Die Reichsbank schritt ein, gab jedoch so wenig Devisen ab, daß eine ganze Reihe von hochvalutarietischen Zahlungsmitteln zur Bedienung der Nachfrage fehlte und daß infolgedessen Auktionen vorgenommen werden mußten. Die Nachfrage ebnete denn auch tatsächlich nach der amtlichen Kursfestsetzung zeitweilig zurück, um später wieder anzuschwellen. Zweifellos haben erhebliche industrielle Rente, insbesondere der westdeutschen Industrie, zu der Kursbewegung beigetragen. Das Auffallende aber bleibt, daß dem verhältnismäßig leichten spekulativen Wademaß noch fremden Zahlungsmitteln nur ein geringer Widerstand entgegengesetzt worden ist.

Eine ganze Reihe von Anzeichen läßt darauf schließen, daß dieselbe müde Resignation gegenüber der Entwicklung des Devisenmarktes, die bei den beteiligten Sachverständigen bereits im Untersuchungsstadium zu beobachten war, auch in der praktischen Politik eintritt. Dagegen muß Protest erhoben werden, und zwar ein lauter, eindringlicher Protest! Es geht um mehr als um die Frage, wie der Export der deutschen Produktion unter die an der Produktion Interessierten verteilt werden soll, obwohl diese Frage keineswegs unwichtig ist. Denn bisher hat jede Marktenwertung zu einer steigenden Verminderung des Reallohnes geführt, hat den Anteil des Lohnes am Warenpreis gemindert mit dem Ergebnis, daß die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung und noch mehr die der Unterstützungsempfänger, fast vollkommen zum Erliegen kam, während auf der andern Seite die Sachwertbesitzer gewannen. Aber nicht das ist heute das Bedenklische. Der Auslandwert der Mark ist auf den wägen Bruchteil von einem Fünftel des ursprünglichen Wertes gesunken zu einer Zeit, wo die deutsche Wirtschaft auf Einfuhren doppelt angewiesen ist, wo der Export aus dem Export aber längst nicht in ausreichendem Maße der deutschen Volkswirtschaft zugute gebracht wird, sondern vielfach dem Außenhandel und dem Auslandsgeschäft interessierten Kreisen verbleibt. In einer Zeit, in der es darauf ankommt, die deutsche Produktion zu rechtzuerhalten, die deutsche Arbeitskraft vor dem Ruin zu bewahren und die entsetzlichen sozialen Schäden abzumildern, die die Verelendung der Arbeiterklasse für unsere Innen- und Außenpolitik seitigen muß, erleben wir diese neue Devisenhausse und leben nur, daß ihr die herrschenden Regierungsinstanzen nicht gewachsen sind.

Unter diesen Umständen ist es vollständig möglich, die letzte Devisenhausse auf allgemeine politische Elemente zurückzuführen. Fraglos hat die Neigung Englands zu Kompromissen, die in den letzten Auslandswendungen zutage trat, die Hoffnung auf eine rasche Verständigung bei denjenigen mindern müssen, die um jeden Preis einem deutschen Kompromissvorsatz widerstreben. Tatsache ist, daß die Bewegung diesmal ohne großen Kraftaufwand mit elementarer Macht am deutschen Markt sich Raum verschafft hat und daß es entweder nicht beabsichtigt gewesen oder aber nicht gelungen ist, die Dollarkurve zu verhindern. Es liegen Anzeichen dafür vor, daß die Nachfrage tatsächlich über den unmittelbaren Bedarf hinausgegangen ist, und das würde auch bis zu einem gewissen Grade erklären, warum er nicht von der Reichsbank befriedigt wurde und warum nicht die Devisenreserven der deutschen Wirtschaft beangezogen worden sind. Die bisher recht unfruchtbaren Verhandlungen des Untersuchungskomitees über die Ursachen des Marksturzes haben doch das eine positive Ergebnis erzielt, daß tatsächlich mindestens für zwei Milliarden Goldmark Devisenreserven vorhanden sind, die sich im Besitz von Privaten befinden. Weit entfernt davon, daß die Regierung nach Mitteln sucht, diesen gänzlich brachliegenden Devisenbestand in der Zeit der größten Not für Deutschland auszunutzen, hat der Reichswirtschaftsminister Hecker diese Devisenhamsteri im Reichstag noch in aller Form entschuldigend. Unter diesen Umständen ist natürlich eine Hilfe von der Regierung kaum zu erwarten, und es wäre ein vergebliches, die Massen irreführendes Bemühen, wolle man Forderungen aufstellen, die darauf hinauslaufen.

Um so mehr muß man nach Möglichkeiten suchen, um diesen Zustand der Unsicherheit, in dem die „nationale“ Industrie sich mehr als je der Devisenhamsteri hingibt, zu beilegen. Dazu gehört aber in erster Linie eine Lösung der Reparationsfrage, an der dieselbe Regierung, die den Dollar hochgehen läßt, mitzuarbeiten verpflichtet ist, will sie nicht in den Zusammenbruch hineinstürzen. Mehr als je aber werden auch die Arbeiter für sich aus dem Devisenmarkt die Konsequenzen ziehen müssen, daß die Wirkungen der Erschütterung der Mark abgedämpft werden müssen. Eine Beeinträchtigung der Preise nach dem Abbau der Zwangswirtschaft, deren letzte Säulen eben mit dem Umlageverfahren für Brotgetreide zusammenstürzen, ist mit Erfolge nicht mehr denkbar. Unaufrichtig schnell die Breidkurve nach oben. Zu fordern ist, daß nun auch die Löhne beschleunigt und ausreichend erhöht werden und daß darüber hinaus Mittel gefunden werden, die eine Anhebung des Arbeitslohnes an den jetzigen Dollarkurs, der für den Stand der Warenpreise immer entscheidender wird, ermöglicht.

## Die faschistische Gefahr im Rheinland

(Eberfeld, 13. Juni. (Sig. Draht.) Die Einrichtung Schlägertrupps wird jetzt von den nationalfaschistischen Kreisen im Ruhrgebiet als Grund für einen aktiven Widerstand gegen die Besetzung benutzt. So fordert z. B. die Bergisch-Märkische Zeitung in Eberfeld unverhüllt zu Sprengungen auf aus Rache für Schlägertrupps! Abgesehen von den außenpolitischen Wirkungen ist eine derartige Agitation nur geeignet, in dem gegenwärtigen kritischen Augenblick den Abwehrwillen der Arbeiterklasse noch mehr zu erschüttern. Jede Sprengung ruft neue Gegenmaßnahmen der Franzosen hervor, die bereits jetzt in der Gegend von Dortmund und Gelsenkirchen jeden Deutschen für vogelfrei erklären, der sich nach 9 Uhr abends auf der Straße befindet. Die fortgeschrittenen Dynamis- und Morbanstöße der deutschen Nationalisten haben hierzu im wesentlichen beigetragen. In Wanne gibt es jeden Abend Punkt 9 Uhr wilde Gewehrschüsse. Die Stadt Dortmund gleicht abends einem Feuertempel; am Tage durchziehen Patrouillen die Stadt. Passanten werden angehalten und nach Waffen durchsucht, die Straßenschilder werden willkürlich angehalten, die Fenster werden nach Waffen und Waffen untersucht. Pässe werden nicht mehr ausgegeben. Dadurch ist das Verkehrsleben fast behindert. Neu ist, daß in Dortmund selbst Verstecke nicht mehr nach 9 Uhr auf die Straße dürfen. Die Repressalie, unermesslich in ihrer Art, wird hier zum ersten Male angewandt. In der Gegend von Dortmund sind gestern abends über 1000 Personen von Verhaftungen vorgekommen worden. Die Verhafteten mußten die ganze Nacht lang der schrecklichen Witterung mit hochgehobenen Händen auf den Gassen der französischen Unteroffiziersräume stehen.

Die Franzosen scheinen jetzt noch einen weiteren Ausbruch auszuführen zu wollen. Am Mittwoch morgen wurden in Lüttringhausen starke Truppenverräufungen festgestellt. Sie bewegten sich in Richtung Schwerte-Weisbaden. Eine Besetzung dieser Städte ist wahrscheinlich. Es wird vermutet, daß die Franzosen die Linie nach Frankfurt, die einzige in Deutschland, die den Verkehr nach Süddeutschland vermittelt, beschlagnahmen wollen. Außerdem wird ein Teil der Truppen nicht mehr auf den Frontposten verweilt, sondern muß den Lebensunterhalt privat einkaufen. Vor allen Dingen äußert sich die verächtliche Repressalie der Franzosen gegen die Bevölkerung in einer wesentlich härteren Bekämpfung als bisher.

Die Unterbindung der Kohlentransporte nimmt in großem Maße zu. Auf Grund der Verordnung 31 von Deputate werden die Transporte der Deputatskohle unterbunden. Deshalb tritt in den Bergarbeiterfamilien großer Kohlenmangel ein. Viele Familien sind kaum noch in der Lage, warme Mahlzeiten herzustellen, da teilweise auch die Gasversorgung unterbunden ist. In Dattlingen konnte das städtische Gaswerk nicht mehr mit Kohlen versorgt werden. Es mußte mangels Brennmaterial den Betrieb einstellen. Die Stadt und die Wohnungen sind ohne Licht. In Gelsenkirchen und Umgebung ist mit einer völligen Stilllegung der Betriebe zu rechnen. Die Gelsenkirchener Bergwerks-A.G. hat bereits eine entsprechende Anweisung an ihre Kohlenarbeiter ergehen lassen.

Es kann kaum noch ein Zweifel darüber bestehen, daß die verschiedenen Sprengungsversuche und das Abknallen einzelner Franzosen aus dem Hinterhalt nicht Verzweiflungsaktionen einzelner sind — was bei der von dem französischen

Militarismus bis aufs Blut gepeinigten Bevölkerung des besetzten Gebietes menschlich durchaus verständlich wäre — sondern daß es sich hier um planmäßiges Vorgehen nationalfaschistischer Geheimorganisationen handelt.

Diese Verbrechen der nationalfaschistischen und faschistischen Verbände, die deutsche Einheitsfront im besetzten Gebiet, die auf der Grundlage des passiven Widerstandes errichtet ist, zu durchbrechen, bedeutet nicht nur eine Gefahr für die rheinisch-westfälischen Volksgenossen, die den rüchdastlosen und brutalen Vergeltungsmaßnahmen des französischen Militarismus und der französischen Militärjustiz wehrlos ausgeliefert sind. Ein solches „Durchbrechen“ kann sehr leicht zu einem Verbrechen der deutschen Abwehrfront führen. Denn unsere mit so bewundernswürdiger Widerstandskraft und Opferfreudigkeit an Rhein und Ruhr kämpfenden Arbeiter haben nie den leisesten Zweifel darüber gelassen, daß sie den verbrecherischen Wahnsinn des aktiven Widerstandes nicht mitmachen.

Wie groß die faschistische Gefahr bereits geworden ist, zeigt auch folgende Meldung, die uns aus Münster zugeht:

Am Dienstag nachmittag gelang es der Kriminalpolizei, aus der Schützenstraße 18000 Schuß Infanteriemunition 08 zu beschlagnahmen. Die Munition wurde durch Kraftwagen von der Infanteriekaserne nach der Schützenstraße zur Aufbewahrung in eine Privatwohnung befördert. Drei Verhaftungen erfolgten bereits; weitere stehen bevor. Die Beteiligten gehören rechtsradikalen Kreisen an.

In dem Hause der Parteibüchsehandlung in Münster wurde in der Nacht zum Mittwoch eine der großen Spiegelscheiben eingeschlagen. Es handelt sich um eine rechtschleierische Aktion. Im Laden fand sich ein Zettel mit der Aufschrift: „Schlägertrupp der Schue!“

Wir haben bereits vor mehreren Tagen die Reichsregierung aufgefordert, gegen dieses verbrecherische Geschehen mit aller Energie vorzugehen, das unter nationalfaschistischer Flagge und zum Teil im französischen Sold die Mauer des passiven Widerstandes unterhölt, hinter der allein wir uns heute gegen Frankreichs Kapitalisten und Militaristen wehren können. Sowohl zur Stärkung der Abwehrfront, wie auch mit Rücksicht auf die gefährlichen außenpolitischen Wirkungen dieser nationalfaschistischen Provokationen ist eine offene, unambigüose Stellungnahme und ein sofortiges Eingreifen der Reichsregierung unbedingt notwendig. Oder will Herr Cuno so lange warten, bis das einzige Abwehrmittel, das Deutschland gegenwärtig hat, die Waffe des passiven Widerstandes, uns von den deutschen Nationalisten aus der Hand geschlagen wird? Dann allerdings hätte Poincaré sein Ziel erreicht. Dann wäre der beispiellose Widerstand an Rhein und Ruhr, dann wären all die zahllosen Opfer an Gut und Blut vergeblich gewesen. Dann hätten wir uns selbst entmannt und die englischen Staatsmänner brauchen nicht mehr nach einem Ausgleich zu suchen, denn wir müßten uns bei den Bedingungen des französischen Forderungen unterwerfen. Dann wären wir zum zweitenmal das Opfer jener rechtsradikalen Kreise geworden, deren Verblendung und Ueberhebung wir in erster Linie die Niederlage von 1918 verdanken.

## Nur ein Börsenmanöver

### Kein englischer Rad nettsbeschluss

Die Mitteilungen aus London und Paris über einen angeblich am Montag erfolgten Beschluß des englischen Kabinetts, der der französischen Auffassung über den Verzicht auf den passiven Widerstand entgegensteht, haben den Verzicht auf den passiven Widerstand entgegensteht, haben sich insofern als verfehlt herausgestellt. Börseninteressenten sollen es gewesen sein, die sich den Luxus erlaubten, des lieben Geschäftes willen der Welt ein gänzlich falsches Bild über den Standpunkt der englischen Regierung zu geben. Die Freude über angebliche französisch-englische Meinungsverschiedenheiten bei gewissen Katastrophenspekulanten war also kurz. Es hat vielmehr den Anschein, daß wir vor einem neuen englisch-französischen Kompromiß stehen, da sich die englische Regierung inzwischen der französischen Auffassung über die Aufgabe des passiven Widerstandes stark genähert hat. Meinungsverschiedenheiten sollen in der Hauptsache nur noch über die Form bestehen, in der sich der deutsche Verzicht zu vollziehen hat. Aufschneidend geht die englische Regierung von dem Gesichtspunkte aus, daß es besser sei, unter Zugeständnissen dabei zu sein, um in Zukunft den nach Macht strebenden Bundesgenossen zu zügeln, als ewig auf einen Standpunkt zu verharren und die Verbündeten dann wieder auf eigene Faust handeln zu lassen. Daß diese Auffassung bei der intrinsikanten Haltung Frankreichs nur auf Kosten Deutschlands Verwirklichung finden kann, ist in Anbetracht der Sachlage nicht mehr zu bezweifeln. Anbetrachtungen über die neue Lösungsmöglichkeit werden auch bereits gemacht. Es heißt, daß Englands Wünsche dahin gehen, einen Waffenstillstand zum Abschluß zu bringen, der an Stelle des rein militärischen Systems an der Ruhr eine internationale wirtschaftliche Kontrolle setzen will, die natürlich militärisch gesichert werden soll. In anderer Form wird also das erstrebt, was Frankreich angeblich am 11. Januar wollte — ein Vorläufer der von Frankreich seit langem geplanten und geforderten Kontrollinstanz für das Rheinland. Es bleibt nur die Frage offen, ob sich Frankreich mit der angeblich von England geplanten Kontrolle abfindet und unter welchen Vorbedingungen das geschieht.

## Die französische Rachejustiz

Frankfurt a. M., 13. Juni. (Sig. Draht.) Das französische Kriegsgesetz in Mainz hat heute nachmittag den Ingenieur der Reichsbahn, un- u. Subfabrik, Geurts, wegen angeblicher, in der Nacht verübter Sabotage zum Tode verurteilt.

Düsseldorf, 13. Juni. Das im Krupp-Forsch wegen angeblicher Störung der öffentlichen Ordnung und Gewalttätigkeit zu sechs Monaten Gefängnis verurteilte Betriebsratsmitglied Müller wurde in der heutigen Revisionsverhandlung vor dem französischen Kriegsgesetz in Düsseldorf wegen Störung der öffentlichen Ordnung zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. Die Anklage wegen Aufreizung der Menge zu Gewalttätigkeiten wurde fallen gelassen.

## Friedenskongreß und Ruhrfrage

London, 13. Juni. Auf der in der Londoner Guildhall abgehaltenen Jahresversammlung der internationalen Friedensgesellschaft bildete die Ruhrfrage das Hauptverhandlungsthema. Es wurde nachdrücklich für die Schaffung eines internationalen Schiedsgerichts zur Regelung der Differenzen zwischen Frankreich und Deutschland eingetreten. Genosse Henderson erklärte, wenn die Reparationsfrage nicht durch Verhandlungen gelöst werden könne, so müsse sie durch ein Schiedsgericht geregelt werden. Henderson gab der Hoffnung Ausdruck, daß das neue Angebot Deutschlands die britische Regierung veranlassen werde, sich keinen Forderungen anzuschließen, die die volle Kapitulation Deutschlands vor der Einleitung von Verhandlungen verlangten. Wenn Frankreich oder irgendein anderes Land unangenehme Bedingungen unterbreite, bevor die deutschen Vorschläge von den verbündeten Regierungen gemeinsam geprüft worden seien, so bedeute das die Schaffung einer Lage in Deutschland, die die verhängnisvollsten politischen und wirtschaftlichen Folgen haben könne. Henderson fuhr fort, die sogenannten Prebendverträge hätten zum Kriege geführt; die internationalen Schulden hätten die finanzielle und wirtschaftliche Verwirrung nur noch vermehrt.